

# **ANALYSE DES SPANISCHEN GRUNDEINKOMMENS: FINANZIERUNG, DEBATTE, VERGLEICH UND GRENZEN**

- Man rechnet damit, dass etwa 2,3 Millionen Menschen von diesem Grundeinkommen (IMV) profitieren können.
- Die notwendige Finanzierung für die Maßnahme beträgt jährlich 3 Milliarden Euro, etwa 0,24% des spanischen BIP 2019
- Die von VOX im Parlament angeführte extreme Rechte hat eine aggressive Kampagne gestartet, in der diejenigen, die diese Maßnahme fordern, als faul oder Schmarotzer bezeichnet werden
- Der bürokratische Hürdenlauf, die Hülle der Bedingungen der Maßnahme sowie der Ausschluss von Migranten in einer irregulären Verwaltungssituation sind einige der Grenzen, die von verschiedenen sozialen Organisationen kritisiert werden

Yago Álvarez Barba

Journalist, Verantwortlich für das Wirtschaftsressort in der digitalen Zeitung El Salto diario

Das Grundeinkommen (Ingreso Mínimo Vital - IMV) ist nicht dasselbe wie ein bedingungsloses Grundeinkommen, aber es ist ein großer Schritt hin zu diesem Ziel. In einem globalen Kontext der stetigen Zunahme der Ungleichheiten, der wachsenden strukturellen Arbeitslosigkeit und eines Wirtschafts- und Sozialsystems mit zunehmend virulenteren zyklischen Krisen, wird ein wirtschaftliches Netzwerk zur Unterstützung der Bürger immer erforderlicher. Spanien durfte hier nicht zurückbleiben.

Die spanische Regierung hat das Grundeinkommen beschlossen. Eine finanzielle Hilfe, die einen Mindestschwellenwert von 462 Euro festlegt, der sich jedoch um 139 Euro pro weiteres Familienmitglied erhöht, egal ob minderjährig oder erwachsen. Wenn es sich um eine Alleinerziehende Person handelt, kommen weitere 100 Euro hinzu. Der Höchstbetrag beträgt 1.015 Euro. Die Personen, die das Einkommen erhalten werden, können darüber hinaus andere Vorteile genießen, zum Beispiel die Erlassung der Studiengebühren im nächsten Studienjahr oder kostenlose verschreibungspflichtige Medikamente für sie. Das Grundeinkommen kann ab dem 15. Juni beantragt werden, wird jedoch rückwirkend zum 1. desselben Monats bezahlt.

Nach mehreren Monaten mühsamer Verhandlungen und offensichtlicher Differenzen zwischen den beiden Parteien der Koalitionsregierung, Unidas Podemos (bestehend



aus Podemos und Izquierda Unida) und der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE), wurde das IMV am letzten Freitag, dem 29. Mai, im Ministerrat verabschiedet. Worauf aber die Regierungsparteien bestanden haben, im Gegensatz zu den rechten Parteien, ist die Dauerhaftigkeit dieser Maßnahme, sie soll nicht vorübergehend sein. Der Minister für Eingliederung, Soziale Sicherheit und Migration, José Luís Escrivá, und der Vizepräsident für Soziale Angelegenheiten und Generalsekretär von Unidas Podemos, Pablo Iglesias, haben mehrfach erklärt: „Das IMV ist jetzt da und es wird bleiben“.

Die Maßnahme setzt den spanischen Staat auf die gleiche Stufe mit anderen europäischen Ländern, die ähnliche Einkommen haben. Jedoch ist der spanische Kontext viel härter, denn schon vor der Covid-19-Krise war Spanien unter den Ländern mit der größten Ungleichheit bei Kindern (sechstes Land der Organisation für Zusammenarbeit und die Wirtschaftliche Entwicklung (OECD)) und das vierte der Europäischen Union (EU) nur hinter Rumänien, Bulgarien und Griechenland, aber Spanien hat auch eines der höchsten Armutsniveaus (siebtes Land der EU nur hinter Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Litauen, Italien und Lettland). Das Gleiche gilt für den mangelnden sozialen Schutz der Bevölkerung im Vergleich zu den 27 Ländern der Eurozone.

Die Regierung hat angekündigt, dass in diesem ersten Monat, Ende Juni, 255.000 Menschen das Grundeinkommen (IMV) erhalten werden. Die angekündigte Maßnahme könnte nach Berechnungen der Regierung in den kommenden Monaten jedoch rund 850.000 Haushalten zugutekommen, in denen insgesamt etwa 2,3 Millionen Menschen leben. Von dieser Zahl sind 30% Minderjährige. Alleinerziehende Familien wären ebenfalls ein wichtiges Bevölkerungssegment für den Erhalt der Hilfe. Nach Angaben der Regierung werden 16% der Haushalte (136.000 Familieneinheiten), die diese Hilfe erhalten werden, alleinerziehende Haushalte sein. 90% dieser alleinerziehenden Haushalte werden von Frauen geführt. Dies zeigt, wie diese Maßnahme die Auswirkungen der in Spanien bestehenden Ungleichheit zwischen den Geschlechtern abschwächen kann, eine Ungleichheit, die durch die aktuelle Krise gestiegen ist.

## **FINANZIERUNG DER MASSNAHME**

Die notwendige Finanzierung für diese Maßnahme beträgt nach den vom Ministerium für Eingliederung, Soziale Sicherheit und Migration angekündigten Berechnungen 3.000 Millionen Euro pro Jahr, 0,24% des spanischen BIP 2019. Die Kosten sind im Vergleich mit den Ausgaben anderer Nachbarländer nicht sehr hoch. Frankreich, gibt jährlich 10,96 Milliarden Euro für die Revenu minimum d'insertion aus, Finnland, mit knapp fünf Millionen Einwohnern gibt jährlich 740 Millionen Euro aus, oder Italien, das jährlich 8,6 Milliarden Euro für das 2019 bewilligte Mindesteinkommen ausgibt.

Im spanischen Staat gibt es schon seit einiger Zeit ähnliche Maßnahmen in einigen autonomen Regionen wie das geltende Mindesteinkommen des Baskenlandes oder das in mehreren autonomen Regionen geltende Mindesteinkommen für die Insertion (RMI) sowie andere staatliche Hilfen, die durch dieses neue Mindesteinkommen ersetzt oder ergänzt werden sollen. Wenn beispielsweise eine Familieneinheit in Andalusien 620 Euro RMI erhält, aber mit dem neuen IMV ihr 701 Euro zustehen, würde die Zentralverwaltung die restlichen 81 Euro zahlen. Die Gesamtausgaben für diese Art von Maßnahmen in den autonomen Regionen beliefen sich 2019 auf 1.517 Millionen Euro, so dass die jährlichen Gesamtkosten rund 4.500 Millionen Euro betragen werden. Dieser Betrag wird im Zeitraum 2020 etwas niedriger sein, da das IMV erst Mitte des Jahres eingeführt worden ist.

Abgesehen von den direkten Kapitaltransfers oder Darlehen, die von der Europäischen Kommission vorgeschlagen werden, oder der Emission staatlicher Staatsschulden, hat die spanische Regierung steuerliche Maßnahmen vorgeschlagen, um das IMV und andere Maßnahmen mit dem Ziel zu finanzieren, die Covid-19-Krise zu überwinden. Zu Beginn des Jahres, vor den Mobilitätsbeschränkungen, wurden zwei Steuern beschlossen, die noch nicht umgesetzt worden sind: die Digitalsteuer und die Finanztransaktionssteuer (FTS) bekannt als Tobin-Steuer. Die erste Steuer wird mit 3% die Einkommen aus der Online-Werbung, der Vermittlung und dem Verkauf von Benutzerdaten auf spanischem Gebiet besteuern. Das gilt für Unternehmen, die weltweit über 750 Millionen Euro und mindestens drei Millionen auf spanischem Gebiet umsetzen. Man schätzt, dass der Staat mit dieser Steuer jährlich etwa 1,2 Milliarden Euro eintreiben kann. Die FTS wird mit 0,2% den Aktienkauf von Unternehmen mit einer Börsenkapitalisierung von über einer Milliarde Euro besteuern, was dem Staat jährlich 850 Millionen Euro einbringen wird.

Eine weitere von Unidas Podemos vorgeschlagene Maßnahme ist die Vermögenssteuer, die mit 2% Vermögenswerte ab einer Million Euro und einer Steuerbefreiung von 400.000 Euro für die erste Wohnung, mit 2,5% Vermögenswerte von zehn Millionen Euro, mit 3% Vermögenswerte von 50 Millionen Euro und mit 3,5% Vermögenswerte von über 100 Millionen Euro besteuern soll. Diese Steuer würde die derzeitige Vermögenssteuer ersetzen, die Kompetenz der autonomen Regionen ist. Es muss aber erwähnt werden, dass die autonomen Regionen in denen die rechten Parteien regieren, diese Steuer annulliert haben oder einen Steuerfreisatz von 100% beschlossen haben, wie zum Beispiel in den Autonomen Regionen von Madrid oder Andalusien. Nach Schätzungen von Unidas Podemos könnte diese Steuer elf Milliarden Euro für den Staat einbringen, was 1% des spanischen BIP entspricht.

## **DER POLITISCHE KAMPF UM DEN DISKURS**

Einige Stimmen der klassischeren spanischen liberalen Rechten sprachen von der Notwendigkeit einer Subvention zur Abschwächung der Auswirkungen der gegenwärtigen

Krise für die gesellschaftlichen Gruppen, die sich schon vor der Krise in einer alarmierenden Armut befanden. Als paradigmatischer Fall verteidigte der ehemalige Wirtschaftsminister in der letzten PP-Regierung und derzeitige Vizepräsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Luis de Guindos, die Notwendigkeit sozialer Eindämmungsmaßnahmen wie ein Mindesteinkommen, aber nur für diesen "Notfall und temporär". Andere liberale Stimmen haben andere vorübergehende Maßnahmen verteidigt, um Familien direkt Geld zuzuführen, wie beispielsweise das Helicopter Money, eine direkte, aber punktuelle Überweisung an die Bürger, um den Konsum wieder zu aktivieren.

Aber die beiden rechten Oppositionsparteien, der klassische konservative rechte Flügel der Partido Popular (PP) und die rechtsextreme Partei VOX, haben auf die gleiche Weise reagiert, wie sie es mit jeder politischen Maßnahme getan haben, die die Regierung seit Beginn der Pandemie beschlossen hat: eine harte politische und mediale Kampagne gegen das IMV und seine Befürworter. Es ist nicht verwunderlich, dass die liberalen Parteien oder die Parteien der extremen Rechten, die aber wirtschaftlich ebenso liberal sind und die Interessen der Eliten verteidigen nur Vorschläge gemacht haben, die sie auf ihren Wahlprogrammen vor der Pandemie hatten (niedrigere Steuern, billigere Entlassungen oder den Ausschluss irregulärer Migranten aus dem Gesundheitssystem). Es ist auch nicht verwunderlich, dass sie jetzt diese soziale Maßnahme angreifen, die nicht nur diese Bevölkerungsgruppen vor der extremen Armut schützt, sondern auch die arbeitende Bevölkerung davor schützt, äußerst prekäre Jobs für niedrige Löhne annehmen zu müssen. Zusammenfassend schützt das IMV die große Mehrheit der Bevölkerung vor der von den politisch rechten Organisationen immer geschützten unternehmerischen Willkür.

In ihrem bereits typischen Diskurs der Lügen und des Hasses gegen Minderheiten und benachteiligte Gruppen, unter der Prämisse, dass jeder, der sich gegen ihren Diskurs richtet oder diese Minderheiten verteidigt, dies nur wegen der Subventionen oder anderen wirtschaftlichen Gründen tut, hat die extreme Rechte von Anfang an den IMV Beschluss hart und pausenlos angegriffen. Mit aggressiven Kampagnen in sozialen Netzwerken und Aussagen ihrer Führer hat Vox die Menschen, die Anspruch auf diese Maßnahme haben können, als „faule“ Leute gebrandmarkt, die keine Arbeit suchen und auf Kosten der Anderen leben wollen. VOX und ihre Führer sprechen auch von "dankbaren Mägen", wenn sie sich auf die Leute beziehen, die diese Maßnahme aufgrund ihrer Not oder aus Solidarität gefordert und unterstützt haben. Sie haben versucht, die Bevölkerung zu polarisieren (eine weitere Strategie), indem sie diejenigen, die eine Hilfe vom Staat benötigen oder diese Hilfe für andere forderten, beschuldigten "auf Kosten der Menschen leben zu wollen, die den Willen haben zu arbeiten und Lösungen für sich suchen".

Was die Koalitionsregierung betrifft, so haben die beiden Parteien der Rechten und der extremen Rechten deren sozialen Diskurs angegriffen und ihr vorgeworfen, dieses

Mindesteinkommen zur Schaffung von Anhängernetzwerken und deren Abhängigkeit vom öffentlichen System zu verwenden. Der Chef der Partido Popular hat den Präsidenten der Nation sogar beschuldigt, „das Land in den Ruin zu treiben“, um eine vom öffentlichen System abhängige Bevölkerung zu schaffen.

Aber die dramatische soziale Realität und die Wahlumfragen haben die Partido Popular gezwungen, ihre Entscheidung im letzten Moment zu ändern. Am Mittwochnachmittag, dem 10. Juni, haben alle Parteien des Parlaments, einschließlich anderer rechter Parteien wie Ciudadanos und Partido Nacional Vasco (beide in der europäischen Fraktion Renew Europe integriert), für den IMV gestimmt. Alle außer VOX, die sich enthalten hat. Die rechtsextreme Partei hat das Mindesteinkommen als „Wahnsinn“ bezeichnet und erneut rassistische und falsche Argumente vorgebracht, dass der IMV einen „Aufrufeffekt“ haben würde, der „Millionen illegale Einwanderer“ anziehen wird. Aus dem Wortlaut der Maßnahme geht eindeutig hervor, dass Migranten alle Bedingungen eines spanischen Staatsbürgers erfüllen muss und zusätzlich mindestens drei Jahre ununterbrochen in Spanien gelebt und einen unbefristeten Vollzeitarbeitsvertrag in einem Unternehmen gehabt haben muss, das seine wirtschaftliche Solvenz nachweisen muss. Daher können die Argumente von VOX nur unter rassistischen Gesichtspunkten verstanden werden, alles mit dem Ziel, diejenigen zu schützen, die gemäß der Regierung für diese Maßnahmen aufkommen müssen: die Superreichen, deren Einkommens- und Vermögenssteuer erhöht werden sollen.

## **KRITIK VON SEITEN DER SOZIALEN ORGANISATIONEN**

Der Slogan, den die Regierung während der aktuellen Krise mehrfach wiederholt hat: "Wir werden niemanden zurücklassen", wird nicht von allen Sektoren und sozialen Bewegungen des spanischen Staates vollständig abgekauft. Es gibt viele soziale Bewegungen und andere politische Akteure, die die Lücken im IMV kritisiert haben, durch die viele Menschen fallen, weil sie die Anforderungen und Bedingungen nicht erfüllen.

Die Hauptkritik kommt von Organisationen, die die Migranten verteidigen, die sich in einer irregulären Verwaltungssituation befinden. Die Anzahl der Menschen in dieser Situation im spanischen Staat schwankt je nach Quelle, aber die sozialen Organisationen schätzen, dass sich rund 800.000 Menschen in einer unregelmäßigen Verwaltungssituation befinden. Dieser breite Bevölkerungssektor, zu dem wir diejenigen Menschen hinzufügen müssten, die vor der Covid-19-Krise von der informellen Wirtschaft lebten. Denn sie haben keinen Zugang zum IMV. Ein großer Teil der Bevölkerung wird so seinem Schicksal überlassen, so dass diese Menschen nicht nur nicht aus der extremen Armut entkommen können, sondern noch tiefer fallen könnten.

Eine andere Bedingung, die diesen Organisationen nicht gefällt, ist der Ausschluss von Personen unter 23 Jahren, mit Ausnahme von Personen mit unterhaltsberechtigten Kindern.

In einer so schwierigen Beschäftigungssituation für junge Menschen und einer Arbeitslosenquote von über 20% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, denken viele soziale Bewegungen, dass es unverständlich ist, dieses Alterssegment auszuschließen.

Andere Kritikpunkte richteten sich gegen die Bedingung der Arbeitssuche. Soziale Bewegungen, die seit Jahren ein universelles Grundeinkommen fordern, haben immer diese Bedingung kritisiert, weil der Zwang zur ständigen Arbeitssuche ein starker psychologischer und bürokratischer Druck für Menschen bedeutet, die diese Art von Hilfen beantragen. In einer so akuten Krise wie jetzt, kann es ein großer Nachteil für die Antragsteller sein. In diesem Sinne wurden auch die komplexen bürokratischen Verfahren kritisiert, die zur Beantragung des IMV durchgeführt werden müssen, insbesondere weil das Finanzministerium über die erforderlichen Informationen von fast allen Bürgern verfügt, um diesen Antrag automatisch zu genehmigen oder abzulehnen. Einige Faktoren wie die große digitale Kluft, die in Spanien immer noch besteht, das niedrige kulturelle Niveau, der Mangel an Gewohnheiten und Fähigkeiten im Umgang mit öffentlichen Verwaltungen und der schwierige Zugang zu einigen dieser Verwaltungen für Menschen, die in ländlichen Gebieten leben, erschweren die Beantragung des IMV. Hinzu kommt, dass viele dieser Verwaltungen aufgrund des Alarmzustands und der Quarantänemaßnahmen geschlossen oder überbelastet sind, was natürlich die Beantragung des Mindesteinkommens sehr erschwert und das Ergebnis ist, dass viele Menschen doch zurückgelassen werden. Dies hat verschiedene soziale Sektoren dazu veranlasst, eine Vereinfachung und sogar Automatisierung des Prozesses zu fordern.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau und die Überwindung der Covid-19-Krise werden nicht einfach sein, aber wie die Geschäftsführerin des Internationalen Währungsfonds, Kristalina Georgieva, erklärte: „Spanien hat eine geeignete Maßnahme zum Schutz der am stärksten gefährdeten Menschen getroffen“. Die nächsten Monate werden sowohl die Wirksamkeit dieser Maßnahme, als auch ihre Mängel aufzeigen. Die Zukunft der spanischen Gesellschaft wird von der Wirksamkeit dieser Maßnahme abhängen, aber von ihrer Akzeptanz wird auch der soziale Kampf um umfassendere Instrumente wie das Bedingungslose Grundeinkommen abhängen.